

38. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Frühlingssession 2021



-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

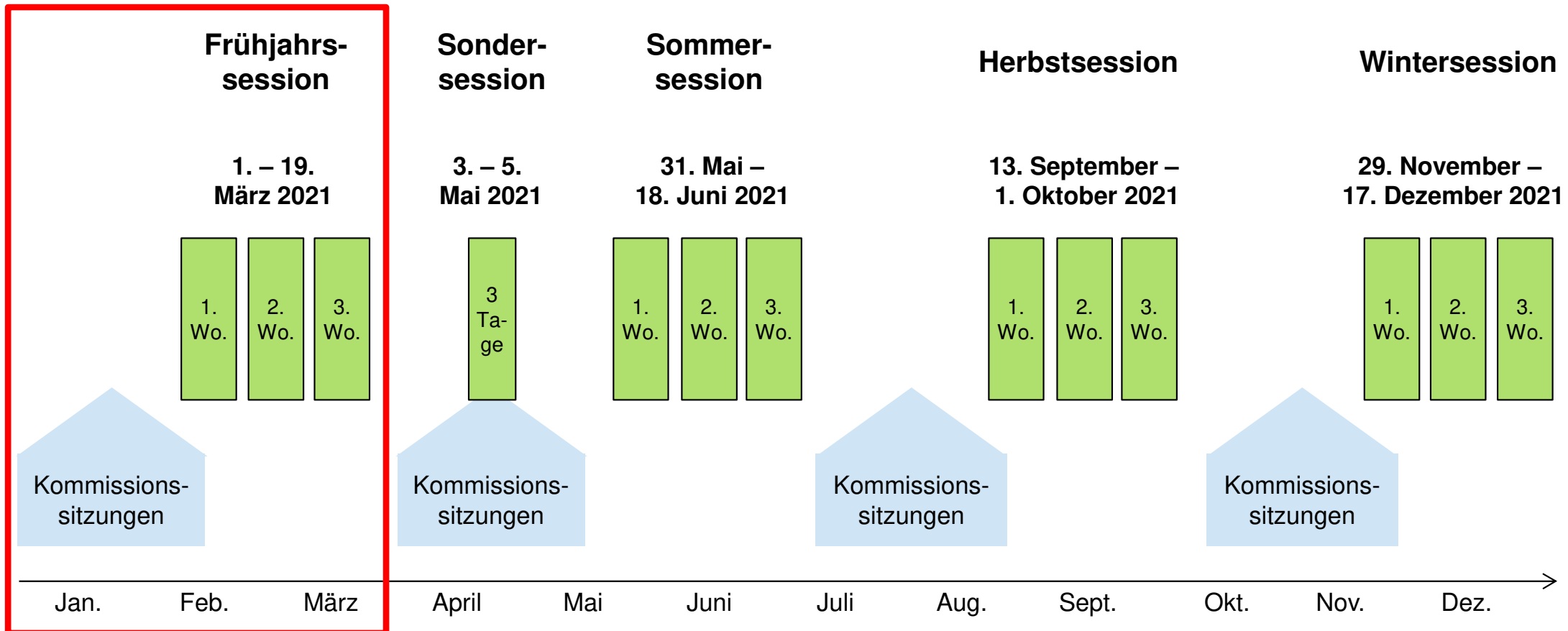
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

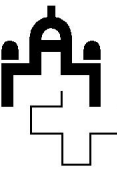
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Frühlingsession und andere wichtige politische Entwicklungen



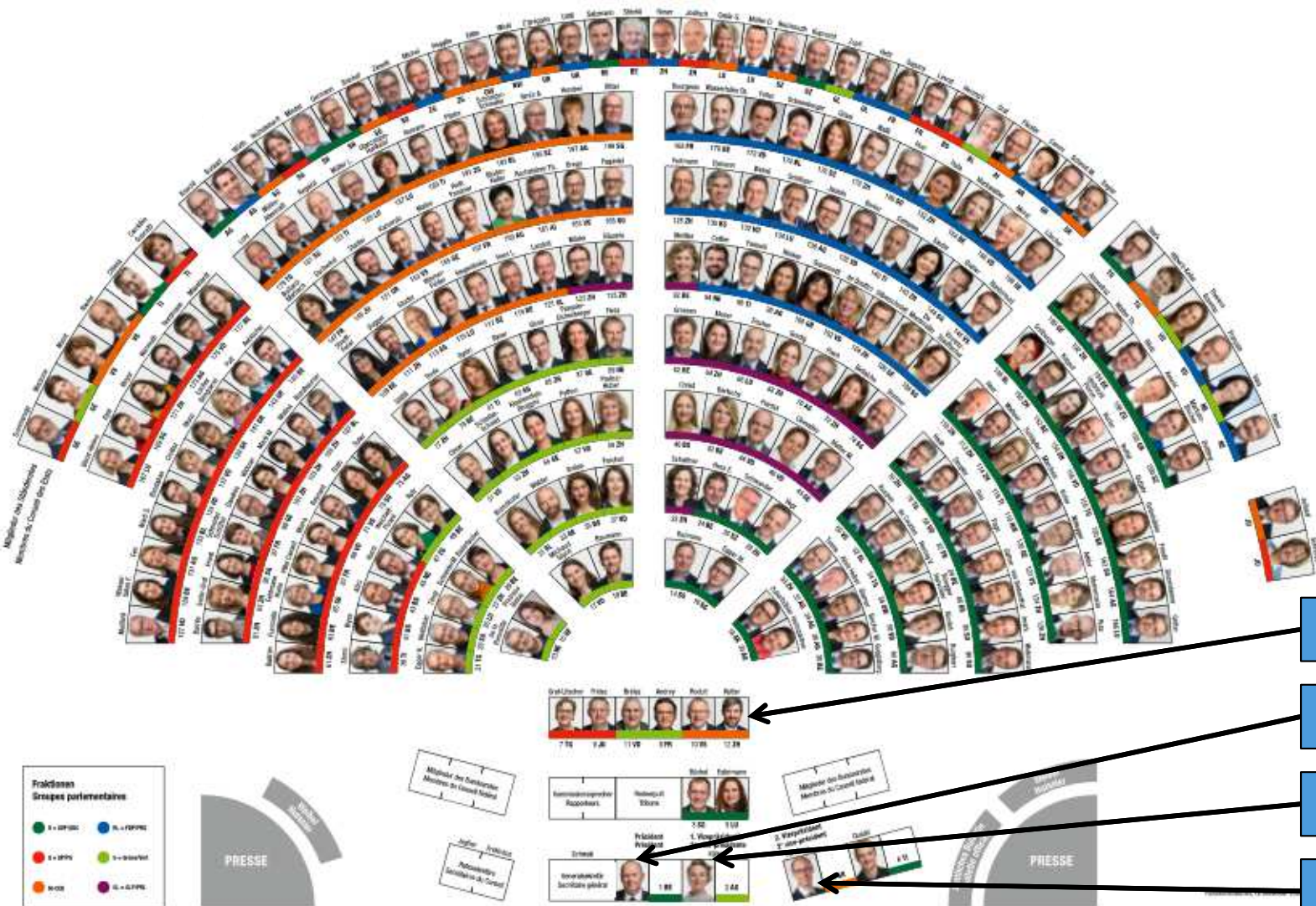
 Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



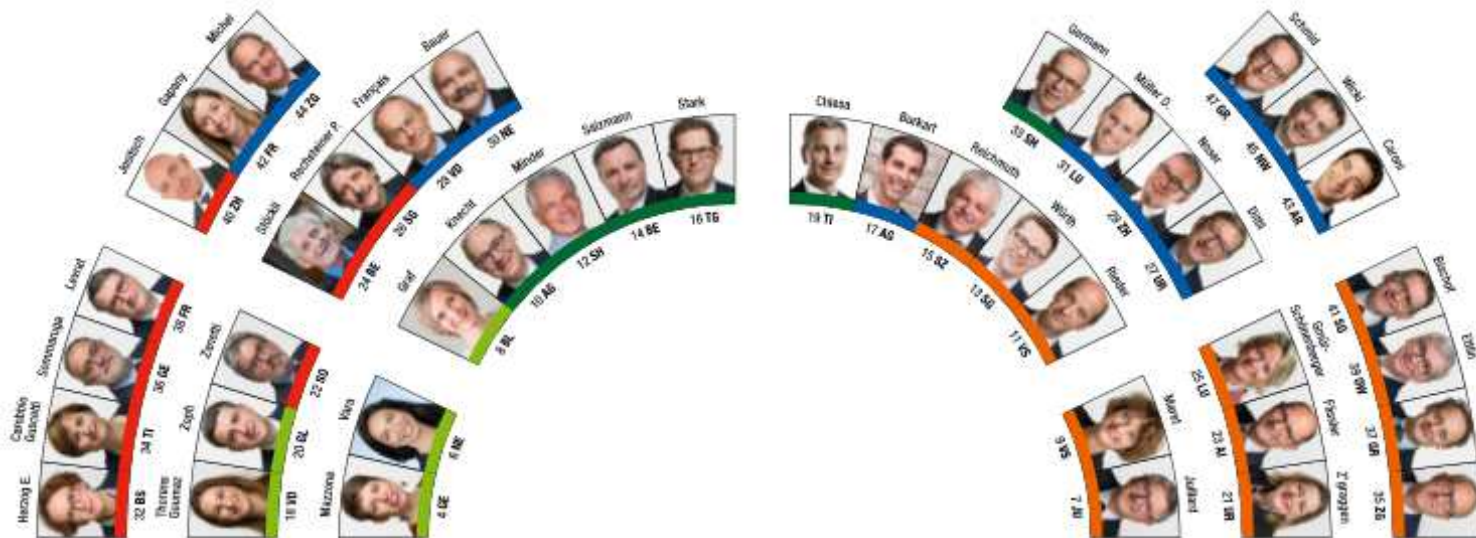
Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die Grünen und die Mitte



Quelle: www.parlament.ch

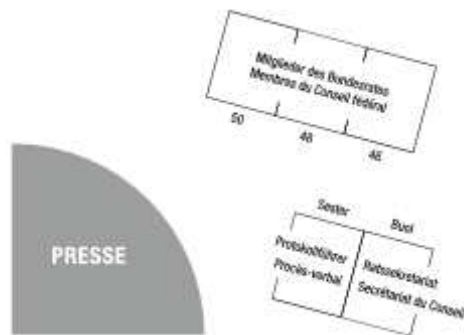
TA / 24. März 2021

Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die Mitte



Stärke der Fraktionen im Ständerat

Mitte:	13
FDP:	12
SP:	9
SVP:	7
Grüne:	5
GLP:	-



Stimmzählerin (SP)

2. Vizepräsidentin (Mitte)

1. Vizepräsident (FDP)

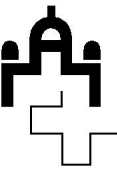
Präsident (SVP)

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

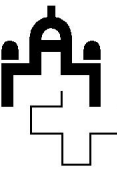
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Frühlingssession 2021 und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Institutionelles Rahmenabkommen (InstA)
- 2 Bewältigung der Corona-Pandemie
- 3 Marschhalt in der Agrarpolitik
- 4 Reform der AHV (AHV21)
- 5 99-Prozent-Initiative der Juso
- 6 Staatliche Förderung von Online-Medien
- 7 Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmen
- 8 Legislatur-Zwischenbilanz nach der «Klimawahl 2019»
- 9 Diverse weitere Geschäfte



Wie geht es weiter mit dem institutionellen Rahmenabkommen (InstA)?

2

aktuell
21. März 2021

Europa-Politik 3



Neue Zürcher Zeitung

Samstag, 6. März 2021 · Nr. 54 · 242. Jg.

NZZ – GEGRÜNDET 1780

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50

Ein Übungsabbruch ist überfällig

Das Rahmenabkommen mit der EU geistert seit Jahren durch die Schweizer Politik. Inzwischen ist es völlig zerredet. Die Verantwortung hierfür liegt beim Bundesrat, der das Scheitern jetzt eingestehen sollte. Die Kernanliegen des Vertrags bleiben aber richtig und müssen auf anderem Weg erreicht werden. Von Eric Gujer

Es ist für den Bundesrat an der Zeit, eine alte Instanzenerfahrung zu bekräftigen. Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab, heisst es beim Volk der Dakota. Das Rahmenabkommen, die dazugehörigen Lobbying, schienen wie Felsen im Meer. Die Debatte über den Vertrag endet dort, wo immer zu enden pflegen – in ideologischen Überzeugungen, sehr emotionalen Kämpfen. Das es so weit kommen konnte, ist die Schuld dem Bundesrat. Obwohl das institutionelle Abkommen (InstA) seit zwei Jahren vorliegt, hat die Landesregierung ausserstehend, eine Beurteilung abgelehnt. Sie schickte den

schon Regierungssystem kollektive Weisheit hervor, in seinen schwächsten Druckberger und Entscheidungsschwäche. Am einfachsten für den Bundesrat wäre es, das Genuß das aber wollen die Fraktionen vermeiden. Namentlich SP, FDP und Mitte sind in dieser Frage gespalten, in jeder Partei gibt es überzeugte Befürworter und Gegner des Dokuments. Alle ihre Exponenten haben deshalb die Kunst, perfektion zu sagen. Mit Ausnahme der SVP ist niemand wirklich schärf darauf, diese Trivialisierung der Öffentlichkeit vorzuführen. Geschicht nicht das Wunder von Brüssel, kehrt die Unterhändlerin Livia Leu zurück.

der Plattform für Covid-Apps. Die EU-Kommission sucht inzwischen Profitierung und Selbstverpflichtung, nicht unvernünftige Lösungen. Dazu rufen von der Leyen soll den Pannen bei der Logistik-Beschaffung eingeschlagen ist, erschwert die Lage zusätzlich. Die bilateralen Verträge bilden auch nach einem unruhigen Ende des Rahmenabkommens eine tragfähige Basis für die Beziehungen mit Brüssel. Aber sie konservieren den Zustand um die Jahrtausendwende. Daher sind sie wie ein Anreiz, der zu neuen Verträgen werden und die InstA das

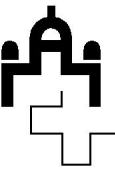
Grad der Verflechtung ist viel intensiver als jener zwischen London und der EU und beschränkt sich nicht hauptsächlich auf Wirtschaftliche, sondern umfasst Familienbande genauso wie die Zusammenhänge zum deutschen, französischen oder italienischen Kulturbereich. Ein blosser Freihandelsvertrag mag den Bedürfnissen eines Landes entsprechen, das sich als Nation von Sozialismus verabschiedet. Für die Schweiz wäre ein solches Verhältnis eine Verneinung, geradezu eine Kapitulation. Diese Fakten hindern natürlich niemanden am Träumen. Natürlich kann man sich auch

Chefverhandlerin Livia Leu kommt in Brüssel keinen Schritt voran. In Bundesrat und Ständeräte erörtern des Rahmenabkommen mit der EU als gescheitert. Die Frage ist nur noch, ob der Schlussstrich im April oder im Mai gezogen wird. Ausserminister Ignazio Cassis empfängt nun Gäste, mit denen er zum Beispiel diskutiert, wie der Bundesrat den Vertrag versenken kann, ohne schlecht dazustehen. Ein weiteres Thema der Gespräche: Wie soll es weitergehen im Verhältnis zur Europäischen Union? Und: Wie soll das Parlament eingebunden werden bei der Beerdigung des Rahmenabkommens? Unterzeichnet die Landesregierung

den Vertrag nicht, ist er grundsätzlich gescheitert. Das Parlament muss dabei nicht einbezogen werden. National- und Ständeräte erörtern jetzt die Frage, ob das gut ist. Soll sich das Parlament nicht äussern in einer dermassen wichtigen Angelegenheit? Die Meinungen gehen weit auseinander. FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen findet: «Der Bundesrat tut gut daran, das Rahmenabkommen selber zu beerdigen, statt es langwierig im Parlament zerreden zu lassen. So kann man bestenfalls ein Neustart im Verhältnis zur EU ansetzen. Es wäre nach Ansicht Wasserfallens also gut, wenn man sich nicht mehr lange mit der Sache beschäftigt würde und im Verhältnis zu Brüssel ein neues Kapitel aufschlug. Ständerat Ruedi Noser (FDP) erinnert daran, dass das Parlament jederzeit eine dringliche Debatte zum Thema ansetzen könne – auch wenn der Bundesrat den Vertrag nicht unterzeichnen wollte. Auch Noser richtet den Blick nach vorne: «Falls der Vertrag scheitert, erwarten wir vom Bundesrat, dass er ein Effizienz- und Wettbewerbssteigerungsprogramm ausarbeitet. Die Schweiz würde andernfalls wirtschaftlich zurückfallen.» Ganz anderer Meinung ist Tiana Moser, die Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission. Sie gehört den Liberalen an, die für den Vertrag sind –

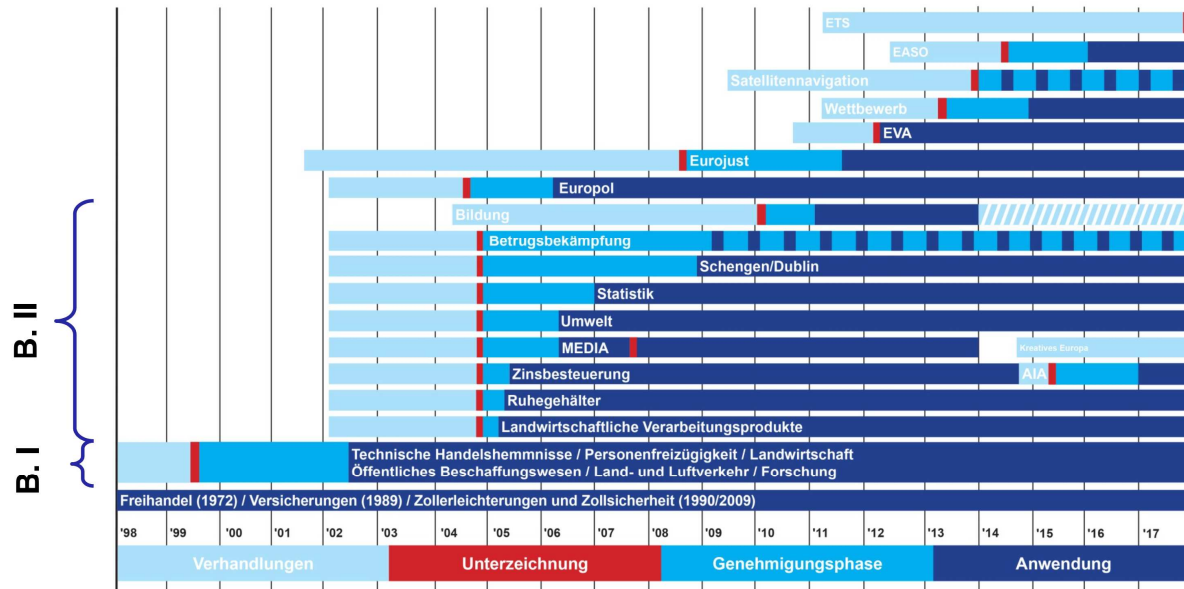
auch ohne Nachbesserungen. «Das Parlament muss sich in jedem Fall mit dem Rahmenabkommen auseinandersetzen können», fordert Moser. Der Bundesrat habe den Vertrag 2019 grundsätzlich positiv gewürdigt. Die Regierung solle darlegen, wo es noch Differenzen mit der EU gebe und wie er sie beheben wolle. «Falls er den Vertrag nicht unterschreibt, müsste der Bundesrat aufzeigen, welchen andern Weg als den bilateralen er für die Beziehungen mit der EU einschlagen will. Es blieben realistischere, die Brexit-Variante. Der massgeschneiderte bilaterale Weg käme bedauerlicherweise an ein Ende», sagt Moser.

National- und Ständeräte sind derzeit uneinig in der Frage: Soll das Parlament einbezogen werden oder nicht?



Auch nach eines möglichen Abbruchs der InstA-Verhandlungen wird die EU weiter Druck ausüben, die Schweiz enger anzubinden

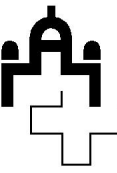
Bisherige bilaterale Abkommen



Offene Themen Schweiz-EU

(unvollständige Auflistung)

- MRA-Aufdatierung
- Freihandelsabkommen (staatliche Beihilfen)
- Stromabkommen
- Personenfreizügigkeitsabkommen (Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz, Anerkennung der Berufsqualifikationen)
- Landverkehrsabkommen (Teilnahme der Schweiz an der Eisenbahnagentur der Europäischen Union, ERA)
- Luftfahrtabkommen (Kabotage: Durchführung von Inlandflügen durch ausländische Airlines)
- Landwirtschaft (Veterinärabkommen, Lebensmittelsicherheit, Gentech-Moratorium)
- Produktesicherheit, Öffentliche Gesundheit
- Horizon Europe, Euratom, ITER (Versuchskernfusionsreaktor), Digital Europe Programm
- Erasmus+
- Creative Europe
- Copernicus

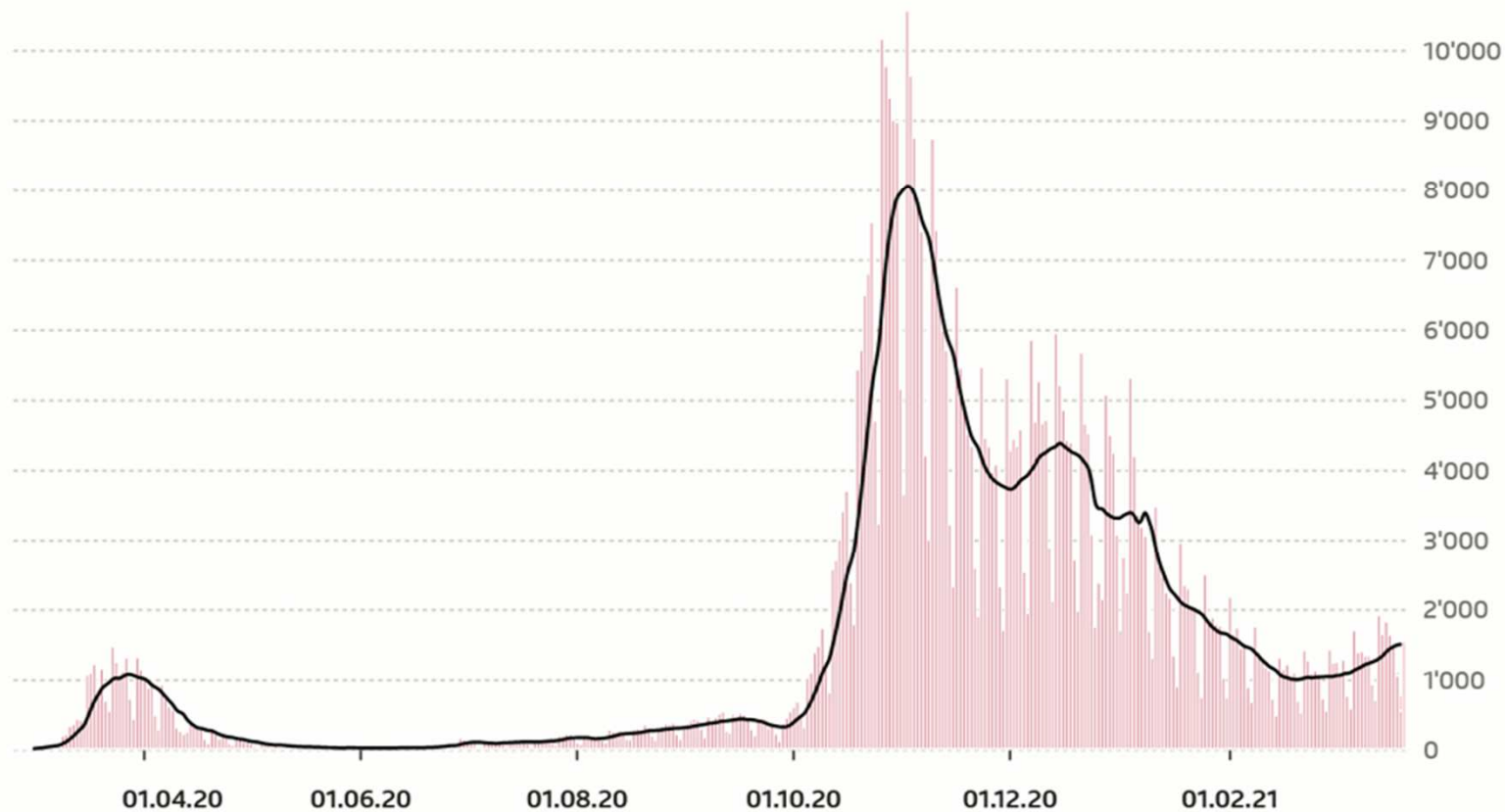


Weil bereits 1.25 Mio. Impfungen verabreicht wurden, sind die Fallzahlen heute weniger aussagekräftig als bei der 1. Welle

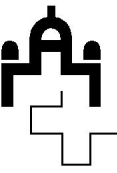
Täglich gemeldete Neuinfektionen

■ Bisherige Fälle ■ Neu gemeldet / 7-Tage-Schnitt

○ Letzte 30 Tage
● Gesamte Zeitreihe

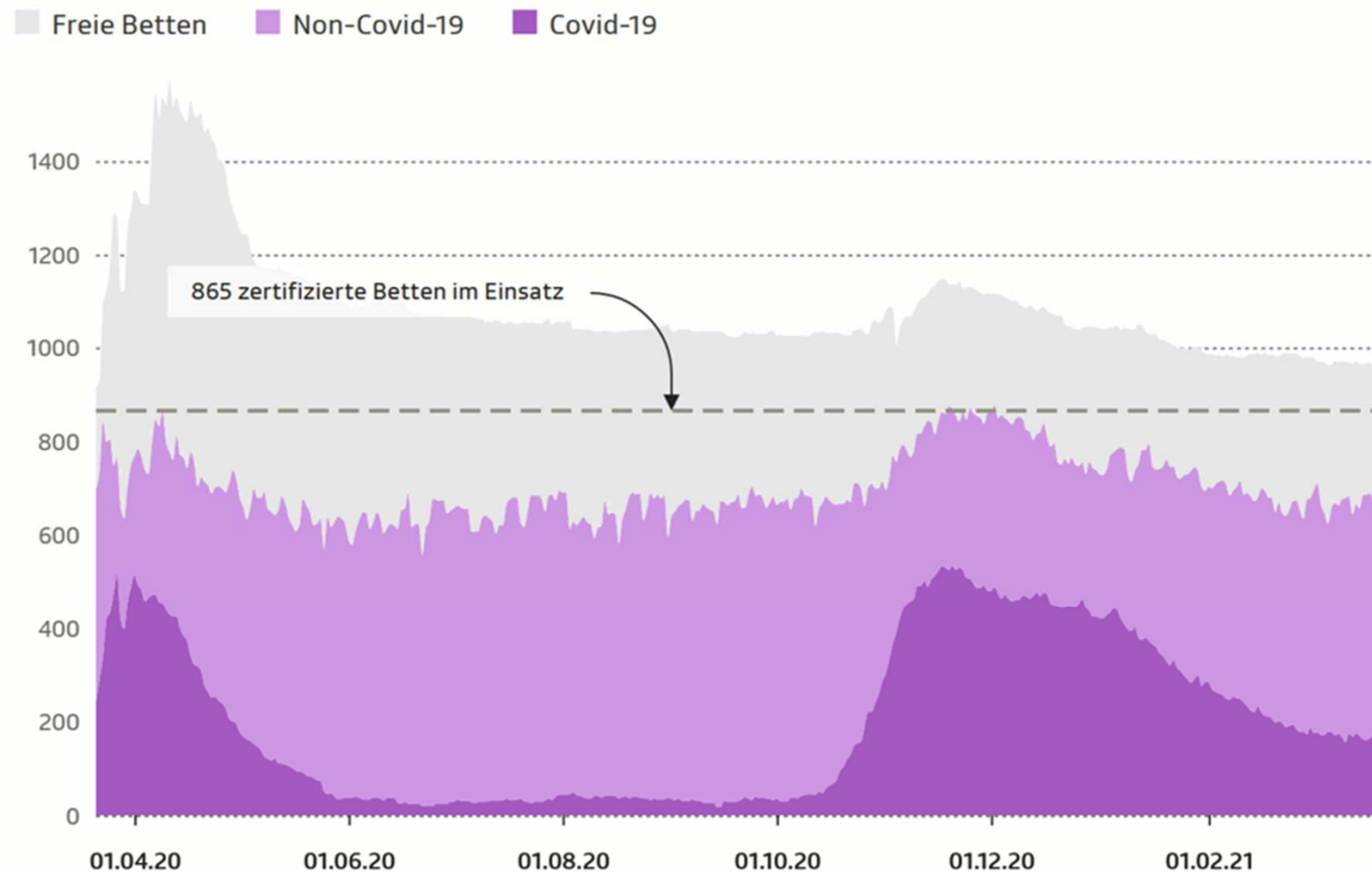


Neumeldungen beinhalten Nachmeldungen der Vortage. Die Zahlen werden montags bis freitags aktualisiert. Quelle: Neuinfektionen, BAG, Stand: 23.03.2021, zuletzt aktualisiert am 23.03.21 um 13:31 Uhr.



Die Überlastung des Spitalwesens zu vermeiden, war das ursprüngliche Argument für den Lockdown

Auslastung Betten auf Intensivstationen



Die wirtschaftspolitischen Folgen der Massnahmen zur Abfederung der Corona-Pandemie sind riesig

Corona-Ausgaben im Jahr 2020

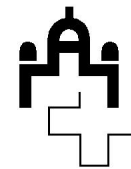
Mio. CHF	Bewilligte Mittel	Getätigte Ausgaben
Total Ausgaben	31'253	14'998
Soziale Wohlfahrt	25'565	12'982
Kurzarbeitsentschädigung	20'200	10'775
Covid-Erwerbsersatz	5'300	2'201
Kinderbetreuung	65	6
Gesundheit	2'625	856
Beschaffung Sanitätsmaterial (inkl. Impfstoffe)	2'015	618
Kostenübernahme für Covid-Tests	539	194
Arzneimittel, Mehraufwand BAG, Gesundheitsschutz	72	45
Wirtschaft	1'055	81
Verluste Covid-Solidarbürgschaften	1'000	60
Tourismus und Exportförderung	45	16
Gewerbliche Bürgschaftsgenossenschaften	10	4
Verkehr	971	371
Einlage Bahninfrastrukturfonds	221	221
Unterstützung Flugnahe Betriebe	600	
Rekapitalisierung Skyguide	150	150
Kultur & Freizeit	625	311
Sport	325	130
Kultur	280	169
Ausbau indirekte Presseförderung	20	12
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	343	343
Darlehen Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	200	200
Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	108	108
Kapitalaufstockung SIFEM, Beitrag Kathastrophenfonds IWF	35	35
Bildung und Forschung (ETH-Bauten, Schweizer Schulen)	28	27
Sicherheit (Aufgebot Schutzdienstpflichtige)	23	9
Landwirtschaft und Ernährung (Marktstützung)	12	11
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen (Sondersession)	7	7

Quelle: <https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/aktuell/brennpunkt/covid19.html>
TA / 24. März 2021

Corona-Ausgaben im Jahr 2021

(Budget, Stand Dezember 2020)

Mio. CHF	Bewilligte Mittel
Total Ausgaben	21'379
Soziale Wohlfahrt	9'160
Kurzarbeitsentschädigung	6'000
Covid-Erwerbsersatz	3'140
Kinderbetreuung	20
Gesundheit	1'825
Medizinische Güter (inkl. Impfstoffe)	410
Kostenübernahme für Covid-Tests	1'279
Arzneimittel, Mehraufwand BAG, Gesundheitsschutz	136
Wirtschaft	9'203
Verluste Covid-Solidarbürgschaften	1'000
Kantonale Härtefallmassnahmen	8'200
Exportförderung	3
Verkehr	764
Regionaler Personenverkehr	290
Schienenverkehr	70
Ortsverkehr	150
Autoverlad	4
Rekapitalisierung Skyguide	250
Kultur & Freizeit	423
Sport	275
Kultur	130
Ausbau indirekte Presseförderung	18
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	5
Mehraufwand BFS (Erhebung & Auswertung von Daten)	5



Bereits in der Frühlingssession 2021 mussten die Härtefallhilfen von 2.5 auf ca. 12 Milliarden aufgestockt werden

Nothilfen um weitere 2 Milliarden aufgestockt

Das Parlament will noch mehr Steuergelder an die Wirtschaft verteilen als der Bundesrat

HANSUELI SCHÖCHLI

Der Haupttreiber der jüngsten Revision des Covid-19-Gesetzes waren die Nothilfen für die Wirtschaft. Der Bundesrat hatte in zwei Schritten die Erhöhung der maximalen Härtefallhilfen für Betriebe von 2,5 auf 10 Milliarden Franken beantragt. Bestandteil dieses Ausbaus war auch die Erhöhung der Maximalsummen von nicht-rückzahlbaren Geldern (A-Fonds-Perdu-Beiträgen) pro Unternehmen. Bis anhin war das Maximum auf 20 Prozent des Jahres-

Keine Unterstützung um jeden Preis

Kommentar auf Seite 19

umsatzes und auf 750 000 Franken pro Firma beschränkt. Die zweitgenannte Beschränkung bedeutete, dass grössere Warenhäuser, Gastroketten und Bergbahnen mit höheren zweistelligen Millionenumsätzen keine relevanten Härtefallhilfen in Aussicht hatten.

Das Parlament hat nun die Ausbauwünsche des Bundesrats bewilligt und ist zum Teil noch deutlich darüber hinausgegangen. Und dies, obwohl sich bei

den Streitpunkten zwischen den Parlamentskammern grossenteils der weniger ausgabenfreudige Ständerat durchgesetzt hat. Hier einige zentrale Beschlüsse:

■ **Maximum.** Die neue Maximalsumme für betriebliche Härtefallhilfen von 10 Milliarden Franken ist bewilligt. Sie steht aber nicht mehr im Covid-19-Gesetz, damit es für künftige Erhöhungen keine Gesetzesänderungen mehr braucht. Grössere Unternehmen erhalten ohne Eigenleistung maximal A-Fonds-Perdu-Beiträge von 5 Millionen Franken. Beträge darüber hinaus sind möglich. Die Bedingungen regelt der Bundesrat via Verordnung. Angedacht ist zurzeit ein Maximum von 10 Millionen Franken pro Unternehmen, wobei die betroffene Firma bei diesem Maximum noch 2 Millionen selber in Form von zusätzlichem Eigenkapital oder Schuldenerlass beisteuern müsste.

■ **Zugang.** Als Härtefälle gelten im Prinzip wie bisher zwangsgeschlossene Betriebe sowie übrige Unternehmen, die wegen Covid beim Jahresumsatz mindestens 40 Prozent eingebüsst haben. Der Nationalrat wollte diese Schwelle zuerst auf 25 Prozent senken, ist damit aber nicht durchgedrungen.

■ **Ausnahme.** Bei grösseren Firmen mit Umsatzeinbüssen von mindestens 70 Prozent kann der Bundesrat die obgenannten Höchstbeträge pro Firma erhöhen. Angedacht ist laut Bundesangaben eine Erhöhung um bis zu 50 Prozent. Dies könnte zusätzlich über 500 Millionen Franken ausmachen.

■ **Stichtag.** Zugang zu Härtefallhilfen haben alle Unternehmen, die vor dem 1. Oktober 2020 gegründet wurden. Bisher war der Stichtag 1. März 2020, der Nationalrat hatte überhaupt keinen Stichtag gewollt. Laut grober Bundesschätzung könnte diese Änderung Zusatzkosten von etwa 250 Millionen Franken auslösen.

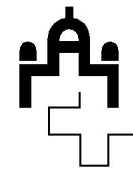
■ **Rückzahlung.** Grosse Firmen mit Jahresumsatz über 5 Millionen Franken müssen Härtefallhilfen für 2021 zurückzahlen, wenn sie für dieses Jahr einen steuerbaren Gewinn ausweisen. Der Bundesrat hatte auch noch Rückzahlungspflichten bei Gewinnen in den drei Folgejahren vorgesehen. Die Einschränkung könnte für den Bund laut dessen Schätzung Mindereinnahmen von 750 Millionen Franken bedeuten.

■ **Veranstalter.** Für die Veranstaltungsbranche ist ein neuer Sondertopf vorge-

sehen. So sollen wegen Covid abgesagte oder verschobene Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung staatliche Hilfe beantragen können. Die Kantone müssten mindestens die Hälfte des Staatsbeitrags übernehmen. Konkrete Beträge stehen nicht im Gesetz.

■ **Selbständige.** Nochmals aus einem anderen Topf fliessen die Covid-Erwerbsersatzzahlungen für selbständige Unternehmer. Anspruch haben gemäss bisherigen Regeln Unternehmer mit Einbüssen beim Jahresumsatz von mindestens 40 Prozent. Das Parlament senkt diese Schwelle auf 30 Prozent Umsatzeinbusse.

Unter dem Strich erhöht das Parlament die Bundesnothilfen im Vergleich zu den Regierungsvorschlägen laut grober Bundesschätzung um etwa 2 Milliarden Franken. Davon entfällt vielleicht etwa ein Drittel buchhalterisch auf den Ausgabenposten «Härtefallhilfen für Betriebe». Im Gesamtkontext des 10-Milliarden-Maximums für diesen Posten mag dies für sich alleine nicht schon einen neuen Ausgabenbeschluss zur Erhöhung des Maximums provozieren. Vieles wird von der weiteren Entwicklung der Pandemie und vom Öffnungskurs des Bundesrats abhängen.



Der Nationalrat – wie auch die ständerätliche Wirtschaftskommission – forderten, die Restaurants und Fitnesscenter zu öffnen

21.028 GESCHÄFT DES PARLAMENTS

Erklärung des Nationalrates. Umgehende Lockerungen der Corona-Massnahmen

Einreichungsdatum: 26.02.2021

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratungen: Erledigt

EINGEREICHTER TEXT

Gestützt auf Artikel 32 seines Geschäftsreglements fordert der Nationalrat den Bundesrat dringlich auf, die Corona-Massnahmen folgendermassen zu lockern:

- Der Bundesrat soll umgehend eine Strategieanpassung vornehmen: Intensiviertes Testen und Impfen, Impfanreize. Dafür mehr Öffnungen und weniger Verbote.
- Die 5-Personen-Regel ist umgehend auch in Innenräumen aufzuheben.

Die Gastronomiebetriebe wie auch Betriebe in den Bereichen Kultur, Unterhaltung, Freizeit und Sport sind ab dem 22. März 2021 offen zu halten. Die zur Bekämpfung der Pandemie notwendigen Schutzkonzepte, wie die Beschränkung der maximalen Besucherzahl, die maximale Platzzahl pro

beschliesst der Bundesrat, soweit er die Zuständigkeit hat.

- Die massvolle Nutzung der Terrassen für den "Take-out".
- Es ist umgehend eine Öffnungsstrategie und Planung für eine Minderheit (Birrer-Heimo, Badran Jacqueline, Belliaiche, Regula, Wermuth) beantragt die Ablehnung der Erklärung.

Bei ihren Beratungen hat die Kommission auch Anliegen betreffend die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens diskutiert. Für die WAK-S ist klar, dass das Management der gesundheitlichen Krise – schon nur aus institutionellen Gründen – beim Bundesrat bleiben muss. Aus Sorge um die grossen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise möchte die Kommission den Bundesrat jedoch einladen, den Rhythmus des Ausbaus des Lockdown zu beschleunigen, unter dem Vorbehalt, dass die epidemiologische Entwicklung dies zulässt. Mit 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung hat die WAK-S einen Brief an den Bundesrat verabschiedet, in welchem sie zu Lockerungen für die Gastronomiebetriebe (Öffnung der Terrassen ab dem 1. März und Wiedereröffnung per 15. März), bei Kultur, Unterhaltung, Freizeit und Sport (Publikum ab dem 15. März) und bei religiösen Veranstaltungen und Gottesdiensten (mehr als 50 Personen an Ostern) anregt. Ausserdem empfiehlt sie die 5-Personen-Regel wegen ihrer negativen Folgen auf das soziale Leben so bald wie möglich aufzuheben. Um nochmaligen Schliessungen vorzubeugen hält die Kommission eine möglichst breite Teststrategie für entscheidend. Sie hat deshalb mit 10 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung entschieden, ihrem Rat eine neue Bestimmung im Covid-19-Gesetz zu beantragen, wonach der Bund die Durchführung von Covid-19-Tests fördert und die ungedeckten Kosten trägt.

Die Kommission hat am 23. Februar 2021 unter dem Vorsitz von Ständerat Levrat Christian (SP/FR) und in Anwesenheit von Bundesrat Ueli Maurer in Bern getagt.

Quelle: www.parlament.ch

TA / 24. März 2021

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

Geschäft / Objet:

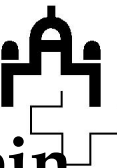
21.028 Erklärung des Nationalrates. Umgehende Lockerungen der Corona-Massnahmen
Déclaration du Conseil national. Assouplissement immédiat des mesures de protection contre le nouveau coronavirus

Gegenstand / Objet du vote:

Abstimmung vom / Vote du: 03.03.2021 08:30:10

Ador	+	V	VS	Fen Yvonne	-	S	AG	Locher Benguerel	-	S	GR	Rösti	+	V	BE
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	+	RL	ZH	Lohr	-	M-CEB	TG	Roth Franziska	-	S	SO
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	-	GL	LU	Lüscher	+	RL	GE	Roth Pasquale	+	M-CEB	FR
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Mäder	-	GL	ZH	Ruigger	+	V	OW
Amsudruz	+	V	GE	Flach	-	GL	AG	Malland	-	S	VD	Ruppen	+	V	VS
Andrey	-	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Maire	+	M-CEB	GE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Anslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Marchesi	+	V	TI	Ryser	-	G	SG
Audi	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	0	G	BE
Baertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Maria	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funiciello	-	S	BE	Mari Min Li	-	S	ZH	Schaffner	-	GL	ZH
Bamle	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Mari Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Martulo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bäumle	-	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bellaiche	-	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Mattler Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	0	G	ZH
Bertschy	0	GL	BE	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	-	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Binder	+	M-CEB	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mathea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gidon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmir Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seller Graf	-	S	ZH
Borloz	+	RL	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	+	RL	VD	Siegenthaler	-	M-CEB	BE
Bourgeois	+	RL	FR	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bregy	+	M-CEB	VS	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Solberger	+	V	BL
Brelaz	-	G	VD	Griin	+	V	VD	Müller-Altermatt	-	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brenzikofer	-	G	BL	Grossen Jurg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Brunner	-	GL	SG	Gruter	+	V	LU	Naniermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Büchel Roland	+	V	SG	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	-	M-CEB	BE
Buffat	+	V	VD	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Bulliard	-	M-CEB	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	-	M-CEB	AG
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngli	-	G	LU
Cattaneo	+	RL	TI	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Christ	-	GL	BS	Haer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	-	M-CEB	ZG	Umbrecht Pieren	+	V	BE
Clivaz Christophe	-	G	VS	Hemgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	-	RL	NE	Hierzog Verena	+	V	TG	Pointet	+	GL	VD	Vogt	+	V	ZH
Crotaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	+	G	VD	von Siebenthal	+	V	BE
Dandros	E	S	GE	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walder	-	G	GE
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walliser	+	V	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	-	M-CEB	AG	Prezioso	-	G	GE	Walt Beat	+	RL	ZH
de Montmolin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Putti	-	S	GR	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Quattro	+	RL	VD	Huter Thomas	+	V	SH	Pythou	-	G	VD	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Destling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Quadi	+	V	TI	Wenli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Jauslin	+	RL	AG	Rechtsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Weichert-Picard	-	G	ZG
Egger Kurt	-	G	TG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wermuth	0	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wetstein	-	G	SO
Estermann	+	V	LU	Keller Peter	+	V	NW	Risnyard	-	S	VS	Widmer Celina	-	S	ZH
Eymann	-	RL	BS	Klopfenstein Brogini	-	G	GE	Rinkar	-	RL	AG	Wismer Priska	-	M-CEB	LU
Fannelli	-	RL	TI	Koppell	+	V	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Wobmann	+	V	SO
Fehrmann Riele	-	S	GE	Kutter	+	M-CEB	ZH	Roduit	+	M-CEB	VS	Wyss	-	S	BS
Feller	+	RL	VD	Landolt	+	M-CEB	GL	Romano	+	M-CEB	TI	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si		2	53	23	19		97
- Nein / non / no	36	12		5	9	28	90
= Enth. / abst. / ast.		1	1	1	3		6
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	2						2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	1				2	4
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes			1				1



Trotzdem hat der Bundesrat den Lockdown bis in den April hinein verlängert – die Grenzen werden aber offen gelassen

Der Bundesrat

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Der Bundesrat

Kontakt DE FR IT RM EN

Suchen

Themen A-Z

Bundesrat Bundespräsidium Departemente Bundeskanzlei Bundesrecht Dokumentation

Startseite > Dokumentation > Medienmitteilungen >

Coronavirus: Erleichterungen für private Treffen ab dem 22. März; weitere Öffnungen wegen Anstieg der Fallzahlen verschoben

< Dokumentation

Medienmitteilungen

Medienmitteilungen des Bundesrats

Medienmitteilungen abonnieren

Medienmitteilungen als RSS beziehen

< Zurück zur Übersicht

Coronavirus: Erleichterungen für private Treffen ab dem 22. März; weitere Öffnungen wegen Anstieg der Fallzahlen verschoben

Bern, 19.03.2021 - Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 19. März 2021 entschieden, die Einschränkung für Treffen im Familien- und Freundeskreis in Innenräumen von fünf auf maximal zehn Personen zu lockern. Für weitere Öffnungen ist das Risiko eines unkontrollierten Anstiegs der Fallzahlen derzeit zu gross, nachdem die Zahl der Infektionen seit Ende ... zunimmt. Ausserdem sind noch zu wenig Menschen ... vermeiden. Der



Medienmitteilung

SVP Schweiz, 2. März 2021

Teilen:

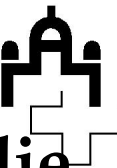
Impfchaos: Ruf nach Krisenmanager wird

BERN. Swissmedic hat den Impfstoff von Johnson & Johnson zugelassen, die Schweiz hat ihn aber nicht bestellt – trotz Knappheit. Nach dieser erneuten Panne hagelt es Kritik an die Adresse des

BAG. Krisenspezialist Hans Kl Pannen ein gesamtheitliches Proc einen Krisenmanager mit weitreichenden, um die Probleme zu ent

Die SVP-Fraktion kämpft weiter für die Öffnung der Gastronomie

Im Hinblick auf die Parlamentsdebatte zum **Covid-19-Gesetz** hat die Bundeshausfraktion der SVP in ihrer heutigen Sitzung erfreut davon Kenntnis genommen, dass die nationalrätliche Wirtschaftskommission (WAK-NR) ihren Anträgen zugestimmt hat. **Die SVP-Fraktion stimmt einer entsprechenden Erklärung des Nationalrates zu.** Das Covid-



Die im Epidemiengesetz kumulativ aufgeführten Vorgaben für die besondere Lage sind nicht mehr gegeben – trotzdem ist der Bundesrat nicht bereit, die Gewaltenteilung wiederherzustellen

– Art. 6 Besondere Lage

¹ Eine besondere Lage liegt vor, wenn:

- a. die ordentlichen Vollzugsorgane nicht in der Lage sind, den Ausbruch und die Verbreitung übertragbarer Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen, und eine der folgenden Gefahren besteht:
 - 1. eine erhöhte Ansteckungs- und Ausbreitungsgefahr,
 - 2. eine besondere Gefährdung der öffentlichen Gesundheit,
 - 3. schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft oder auf andere Lebensbereiche;
- b. die Weltgesundheitsorganisation (WHO) festgestellt hat, dass eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite besteht und durch diese in der Schweiz eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit droht.

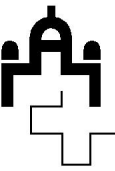
² Der Bundesrat kann nach Anhörung der Kantone folgende Massnahmen anordnen:

- a. Massnahmen gegenüber einzelnen Personen;
- b. Massnahmen gegenüber der Bevölkerung;
- c. Ärztinnen, Ärzte und weitere Gesundheitsfachpersonen verpflichten, bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten mitzuwirken;
- d. Impfungen bei gefährdeten Bevölkerungsgruppen, bei besonders exponierten Personen und bei Personen, die bestimmte Tätigkeiten ausüben, für obligatorisch erklären.

³ Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) koordiniert die Massnahmen des Bundes.

– Art. 7 Ausserordentliche Lage

Wenn es eine ausserordentliche Lage erfordert, kann der Bundesrat für das ganze Land oder für einzelne Landesteile die notwendigen Massnahmen anordnen.



Bereits vor einem Jahr hat die SVP die richtigen Forderungen gestellt: Schutz der Gefährdeten, aber Öffnung des Gewerbes

Forderungen der SVP-Bundeshaus-fraktion vom 31. März 2020

- 1) Die zu Tage getretenen **Mängel in der Krisenvorsorge** sind **sofort zu beheben** und der **Beschaffung von Schutzmaterial** ist höchste Priorität einzuräumen;
- 2) Der **Schutz** der besonders gefährdeten älteren **Personen** und Menschen mit Vorerkrankungen ist sicherzustellen durch Abstandhalten, Maskentragen Hygienemassnahmen und verstärktem Grenzschutz;
- 3) Zur Wiederherstellung einer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft sind für alle anderen Gruppen, das heisst für das Gros der Bevölkerung, unter Einhaltung der Distanz- und Hygienemassnahmen, die **Home-Office Pflicht aufzuheben**, die **Restaurants** unter Einhaltung der wirksamen Schutzmassnahmen **zu öffnen**, das **Versammlungsverbot zu lockern** und die **verfassungsmässigen Ordnung wiederherzustellen**.



Forderungen der SVP-Bundeshaus-fraktion vom 19. März 2021

- 1) Die **Gastrounternehmen** wie auch die Betriebe in den Bereichen Kultur, Unterhaltung, Freizeit und Sport sind gemäss dem Beschluss des Nationalrats vom 3. März **ab nächstem Montag zu öffnen**.
- 2) Die **besondere Lage nach Epidemiengesetz Art. 6** ist unverzüglich **aufzuheben** und damit die **Gewaltenteilung** nach mehr als 12 Monaten Machtkonzentration beim Bundesrat **wiederherzustellen**;
- 3) Die **mangelhafte Impfstoffbeschaffung** ist **umgehend zu korrigieren** und sicherzustellen, dass sich jene Personen, die sich impfen lassen wollen, sich – so wie in Grossbritannien, in den USA oder in Israel – auch impfen lassen können.

Die sistierte AP22+ hätte sinkende Einkommen, mehr administrativen Aufwand und einen Verlust von Kulturland bedeutet

- Mit Unterstützung der SVP beschloss nach dem Ständerat auch der Nationalrat die Sistierung der Agrarpolitik 2022+. Die Ratsmehrheit verlangte, dass der Bundesrat einen Bericht erstattet über die Selbstversorgung, die Reduktion des administrativen Aufwandes für die Betriebe und die Rahmenbedingungen für möglichst viel unternehmerische Freiheit. Mit diesem Vorgehen wird das Parlament die Beratungen zur künftigen Agrarpolitik voraussichtlich erst wieder im Sommer 2023 aufnehmen.
- Die SVP begrüsst den beschlossenen sofortigen Marschhalt. Die Agrarpolitik 2022+ hätte für die Bauernfamilien sinkende Einkommen, mehr administrativen Aufwand und einen Verlust von Kulturland bedeutet. Die einheimische produzierende Landwirtschaft wäre zusätzlich unter Druck geraten.

Agrarpolitik 22+: Ernährungswirtschaft als Ganzes anschauen

Medienmitteilung des Schweizer Bauernverbands vom 14. Dezember 2020

Der Ständerat will die Agrarpolitik 22+ sistieren und verlangt grundsätzliche Antworten zur Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungspolitik. Die Vorgehensweise bietet die Chance, die einseitige Agrarpolitik zu einer glaubwürdigen Ernährungspolitik umzubauen.



Der Ständerat bringt bürgerlichen AHV-Kompromiss auf Kurs

- Der Ständerat unternahm am 15. März 2021 einen ersten Schritt zur Stabilisierung der AHV. Nur die Linken stimmten dagegen. Der Ständerat glich das Rentenalter der Frauen jenem der Männer auf 65 Jahre an und der Mehrwertsteuer-Normalsatz soll um 0.3 Prozentpunkte auf 8.0 Prozent erhöht werden. Das höhere Frauenrentenalter entlastet die AHV im Jahr 2031 um 1,4 Milliarden Franken. Frauen, die zwischen 1959 und 1967 geboren wurden und nach dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen in Pension gehen, sollen zum Ausgleich einen Rentenzuschlag erhalten.
- Damit ist der der AHV-Kompromiss der bürgerlichen Parteien auf Kurs. Als Nächstes wird sich der Nationalrat mit der Vorlage befassen. Es gilt nun, die gute Vorarbeit des Ständerats zu nutzen und die AHV zu stabilisieren.

Quelle: www.parlament.ch

TA / 24. März 2021

Finanzperspektiven der AHV gemäss geltender Ordnung

Beträge in Millionen Franken / Zu Preisen von 2021 (1)

Jahr	Ausgaben Total Ausgaben	Einnahmen					Umlage- ergebnis	Kapital- ertrag	Betriebs- ergebnis	Stand des AHV-Fonds		Indikatoren					
		Beiträge	MWST	Bundesbeitrag	Andere Einnahmen	Total Einnahmen				Kapital	Kapital ohne IV-Schuld	Ausgaben in % der AHV-Lohn-summe	Umlage- ergebnis in MWST- Punkten	Umlage- ergebnis in Lohn- Prozent	Kapital in % der Ausgaben	Kapital o. IV- Schuld in % der Ausgaben	Ersatz- quoten- Index (1980=100)
	(2)	(2)	(2)	(2)	(3)	(2)											
2020	45 977	34 079	2 857	9 287	273	46 496	519	1 362	1 881	47 098	36 814	11.7	0.2	0.1	102	80	89.1
2021	47 146	34 387	2 879	9 523	270	47 060	-86	681	595	47 694	37 409	11.9	0.0	0.0	101	79	88.6
2022	47 949	35 008	2 968	9 686	267	47 929	-20	750	730	48 281	38 028	11.9	0.0	0.0	101	79	88.4
2023	49 208	35 464	3 050	9 940	264	48 717	-491	755	264	48 401	38 178	12.0	-0.2	-0.1	98	78	88.9
2024	50 149	35 884	3 111	10 130	260	49 385	-764	854	90	48 346	38 154	12.1	-0.2	-0.2	96	76	88.4
2025	51 527	36 330	3 166	10 408	259	50 163	-1 363	871	-492	47 662	37 510	12.3	-0.4	-0.3	92	73	88.5
2026	52 416	36 878	3 219	10 588	257	50 943	-1 474	935	-538	46 792	36 711	12.3	-0.5	-0.3	89	70	87.7
2027	54 282	37 419	3 266	10 965	255	51 905	-2 376	947	-1 429	44 946	34 955	12.6	-0.7	-0.6	83	64	87.9
2028	55 311	37 958	3 318	11 173	253	52 701	-2 611	913	-1 698	42 802	32 941	12.6	-0.8	-0.6	77	60	86.4
2029	57 925	38 503	3 367	11 701	250	53 820	-4 105	819	-3 286	39 093	29 991	13.0	-1.2	-0.9	67	52	87.3
2030	59 004	39 058	3 418	11 919	248	54 643	-4 361	713	-3 648	35 058	27 996	13.1	-1.3	-1.0	59	46	85.7
2031	61 886	39 621	3 467	12 501	245	55 834	-6 052	573	-5 479	29 232	22 162	13.5	-1.7	-1.3	47	36	86.9

Erläuterungen

- (1) Abrechnungsjahr zu laufenden Preisen
(2) Vorjahresveränderungsraten in Prozent
(3) Spielbankenabgabe, Ertrag aus Regress und weitere Erträge



Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung, in % BSV / Version 19.01.2021 / 17.02.2021

Jahr	2021	2022	2023	2024	2025
Lohnindex	0.3	0.3	0.5	0.7	0.9
Preis	0.1	0.3	0.3	0.3	0.4

Renten Anpassungen: alle zwei Jahre

Szenario A-00-2020 Bundesamt für Statistik BFS

Finanzperspektiven der AHV gemäss AHV 21 (Beschluss des SR vom 15.03.2021)

Beträge in Millionen Franken / Zu Preisen von 2021 (1)

Jahr	Ausgaben Total Ausgaben	Einnahmen					Umlage- ergebnis	Kapital- ertrag	Betriebs- ergebnis	Stand des AHV-Fonds		Indikatoren					
		Beiträge	MWST	Bundesbeitrag	Andere Einnahmen	Total Einnahmen				Kapital	Kapital ohne IV-Schuld	Ausgaben in % der AHV-Lohn-summe	Umlage- ergebnis in MWST- Punkten	Umlage- ergebnis in Lohn- Prozent	Kapital in % der Ausgaben	Kapital o. IV- Schuld in % der Ausgaben	Ersatz- quoten- Index (1980=100)
	(2)	(2)	(2)	(2)	(3)	(2)											
2020	45 977	34 079	2 857	9 287	273	46 496	519	1 362	1 881	47 098	36 814	11.7	0.2	0.1	102	80	89.1
2021	47 146	34 387	2 879	9 523	270	47 060	-86	681	595	47 694	37 409	11.9	0.0	0.0	101	79	88.6
2022	47 949	34 931	3 672	9 686	267	48 555	606	755	1 361	48 912	38 659	11.9	0.2	0.2	102	81	88.4
2023	48 995	35 418	3 965	9 897	264	49 543	548	779	1 327	50 093	39 870	12.0	0.2	0.1	102	81	88.9
2024	49 701	35 875	4 044	10 040	260	50 219	518	906	1 424	51 368	41 175	12.0	0.2	0.1	103	83	88.4
2025	50 849	36 365	4 115	10 272	259	51 011	161	961	1 122	52 285	42 133	12.1	0.1	0.0	103	83	88.5
2026	51 533	36 957	4 185	10 410	257	51 808	275	1 082	1 357	53 279	43 197	12.1	0.1	0.1	103	84	87.7
2027	53 402	37 516	4 246	10 787	255	52 804	-598	1 158	560	53 364	43 373	12.3	-0.2	-0.1	100	81	87.9
2028	54 506	38 058	4 313	11 010	253	53 634	-872	1 187	315	53 150	43 289	12.4	-0.3	-0.2	98	79	86.4
2029	57 191	38 606	4 377	11 553	250	54 785	-2 406	1 151	-1 255	51 369	42 267	12.8	-0.7	-0.5	90	74	87.3
2030	58 334	39 159	4 444	11 783	248	55 634	-2 700	1 100	-1 600	49 260	41 208	12.9	-0.8	-0.6	84	71	85.7
2031	61 258	39 721	4 507	12 374	245	56 848	-4 410	1 017	-3 393	45 380	38 310	13.3	-1.3	-1.0	74	63	86.9

Erläuterungen

- (1) Abrechnungsjahr zu laufenden Preisen
(2) Vorjahresveränderungsraten in Prozent
(3) Spielbankenabgabe, Ertrag aus Regress und weitere Erträge



Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung, in % BSV / Version 19.01.2021 / 16.03.2021

Jahr	2021	2022	2023	2024	2025
Lohnindex	0.3	0.3	0.5	0.7	0.9
Preis	0.1	0.3	0.3	0.3	0.4

Renten Anpassungen: alle zwei Jahre

Szenario A-00-2020 Bundesamt für Statistik BFS

Quelle: www.admin.ch

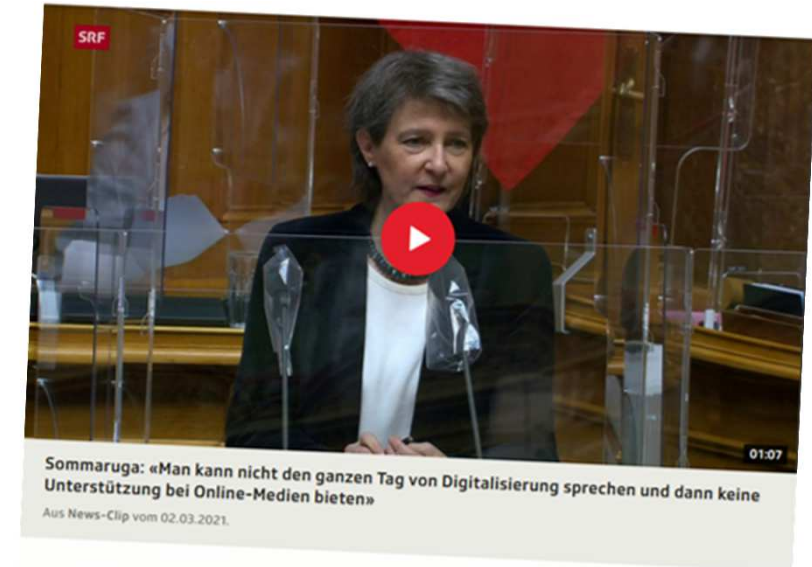
Die extreme Juso-Steuerinitiative findet im Parlament keine Mehrheit

- Das Parlament lehnt die 99-Prozent-Initiative der Juso klar ab.
- Die Juso-Steuerinitiative verlangt eine Anpassung der Besteuerung hoher Einkommen, indem Kapitaleinkommen höher besteuert werden. Die SVP bekämpfte die Juso-Steuerinitiative, die nicht mehr, sondern weniger Steuereinnahmen bringen würde. Die finanzstarken Steuerzahler, die von den Linken ins Visier genommen werden, könnten relativ einfach ins Ausland ausweichen, so dass der Schweizer Mittelstand die Zeche bezahlen müsste.



Mit staatlichen Zuschüssen für Online-Medien schwindet die unabhängige, kritische Berichterstattung gegenüber dem Staat

- Der Nationalrat stockte die Unterstützungsbeiträge für die Medien deutlich auf. Die Mitte-Links-Parteien entschieden, dass neu auch **Online-Medien mit jährlich 30 Millionen Franken gefördert** werden sollen. Insgesamt fliessen dadurch direkt und indirekt 120 Millionen Franken zusätzlich in die Medienförderung. In einer Zeit, in der der Finanzhaushalt von Bund und der Kantone auf das Äusserste angespannt ist, wird mit dem Ausbau der Medienförderung ein völlig falsches Signal gesetzt.
- Das neue Gesetz braucht es nicht, da es im Onlinebereich kein Marktversagen, sondern eine unerreichte Vielfalt an Angeboten gibt. Die Mitte-Links-Parteien konnten sich jedoch mit dem fadenscheinigen Argument durchsetzen, dass auch Onlinemedien zunehmend für die Demokratie relevant würden. Ausserdem wurde die Medienförderung als Kampf gegen die Medienkonzentration bezeichnet. Das Resultat der Linken Politik ist ein wachsender **staatlicher Einfluss** in den Medien: Von staatlich finanzierten Medien ist keine unabhängige, kritische Berichterstattung gegenüber dem Staat zu erwarten.



- Der Nationalrat hat in einer gut fünfstündigen Debatte über die künftige Ausgestaltung der Medienförderung diskutiert.
- Neu sollen auch Online-Medien von Fördergeldern profitieren. Beschlossen worden sind zudem Massnahmen zur Stärkung der indirekten Presseförderung und des Mediensystems im Allgemeinen.

Das Parlament will den Lohnexzessen bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmen nicht länger zuschauen

- Die Entschädigungen der obersten Kader und Verwaltungsräte von bundesnahen Unternehmen sind derart massiv gestiegen, dass diese Löhne in keinem Verhältnis mehr zu den Aufgaben und den erbrachten Leistungen stehen. Daher unterstützte die SVP einen Stopp dieser Lohnexzesse und eine Obergrenze für Löhne in der Höhe einer Million Franken pro Jahr. Zudem sollen Abgangsentschädigungen für höhere Kader verboten werden.
- Diese Unternehmen verfügen oftmals über eine implizite Staatsgarantie, so dass sie nicht denselben wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt sind wie die private Konkurrenz. Es wäre darum falsch, dem obersten Kader Millionenentschädigungen auszurichten. Die SVP begrüsst, dass der Nationalrat mit 139 zu 44 Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Lohnexzessen bei bundes- und bundesnahen Unternehmen einen Riegel geschoben hat.

INTERVIEW

Ex-SBB-Chef Andreas Meyer: «Ich schäme mich selber auch»

Pannenzüge, fehlende Lokführer, hoher Lohn. Andreas Meyer, der Ex-Chef der SBB, stand immer wieder in der Kritik. Zeitweise war er so unbeliebt, dass sich seine Eltern kaum vor die Tür trauten. Nun hat sich Meyer beruflich selbständig gemacht.

Interview: Ruth Fülterer und
Christina Neuhaus

7 Kommentare —

19.10.2020, 05.30 Uhr

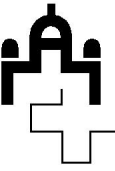
Hören

Merken

Drucken

Teilen





Die grüngestrichene Mitte-Links-Mehrheit treibt die Schweiz in den politischen und finanziellen Ruin

- Nach dem ersten Drittel der Legislaturperiode 2019-2023 fällt die Bilanz verheerend aus: Der grüne Grössenwahn und die verantwortungslose Corona-Politik des Bundesrats sind Gift für unser Land. Sie vernichten Steuergeld in unvorstellbarem Ausmass, zerstören die Volkswirtschaft und beschneiden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Die SVP kontert mit einem 10-Punkte-Plan für eine freie und prosperierende Schweiz.
- Was macht die grüngestrichene Mitte-Links-Mehrheit in dieser Jahrhundertkrise? Auch in der Not denken diese nur an sich. So fordert SP-Nationalrätin Franziska Roth einen «Bezahlten Urlaub für Arbeitnehmende mit einem offiziellen politischen Amt». Derweil ist die grösste Sorge von SP-Nationalrätin Tamara Funiciello, dass nun subito ein «Gender Budgeting» umgesetzt würde. Gleichzeitig kommen mit dem CO₂-Gesetz, über welches das Volk im Juni abstimmen wird Milliardenkosten auf die Schweizer Bevölkerung zu und der politisch verbindliche UNO-Migrationspakt soll ermöglichen, dass Migranten, ungeachtet ihrer Qualifikationen, der Zugang zum Wunschland deutlich erleichtert wird.
- Als Antwort auf eine solch verantwortungslose Politik stellt die SVP heute ihren 10-Punkte-Plan für eine freie und prosperierende Schweiz vor, der sich an den SVP-Legislaturzielen 2019-2023 orientiert.

Legislaturziele der SVP-Fraktion bis 2023

Das wollen wir für die Schweiz erreichen

Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2019 haben sämtliche Kandidierende der SVP den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern versprochen, die Werte, Traditionen und Stärken der Schweiz zu verteidigen und für Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Wohlstand unseres Landes einzustehen. Sie haben sich verpflichtet, sich einzusetzen, damit die Schweiz Schweiz bleibt. Dieses Wahlversprechen bildet das Fundament der Legislaturziele 2019 – 2023 der SVP-Fraktion.

FREIHEITSBUND

Die Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte. In keinem anderen Land verfügen die Bürgerinnen und Bürger über so viel Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Wohlstand wie in der Schweiz. Die Gründe dafür sind unsere direkte Demokratie, unser Föderalismus, unsere Neutralität und unsere Unabhängigkeit. Doch diese bewährten Stärken sind nicht selbstverständlich und geraten immer wieder in Gefahr. Deshalb müssen wir uns auch immer wieder auf unsere Werte besinnen und diese verteidigen:

- I. Wir wollen eine freie Schweiz. Wir wollen keinen Unterwerfungsvertrag mit der EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit die Schweizerinnen und Schweizer weiterhin selber bestimmen können, was sie wollen und was sie nicht wollen.
- II. Wir wollen eine sichere Schweiz. Unser Staat muss ohne Wenn und Aber für Sicherheit sorgen. Daran gehören Gewalttäter hart bestraft und kriminelle Ausländer ausgeschafft.
- III. Wir wollen eine lebenswerte Schweiz. Wir sagen Nein zur masslosen Zuwanderung und zu einer 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin in einer schönen und intakten Heimat leben können.
- IV. Wir wollen eine weltoffene Schweiz, die die Beziehungen mit allen Ländern der Welt pflegt. Wir lassen uns nicht erpressen und verteilen nicht noch mehr Milliarden ins Ausland, während unsere AHV das Geld ausgeht.

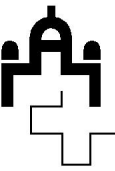
10-Punkte-Plan gegen den grünen Grössenwahn nach der verheerenden «Klimawahl»



Die Partei des Mittelstandes

Medienkonferenz vom 23. März 2021





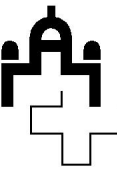
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/11): Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Finanzpolitik

**Parlament will
Bundeshaushalt
entlasten (20.067)**

**Landwirtschaft
muss weiterhin
als Sündenbock
hinhalten (19.475)**

**Verschärfung des
Geldwäschereige-
setzes abgewehrt
(19.044)**

- Neben Massnahmen zur Effizienzsteigerung im Hoch- und Tiefbau, in der Informatik und bei den Publikationen, mit denen Einsparungen von rund 50 Millionen Franken pro Jahr erzielt werden, umfasste das Paket 36 weitere konkrete Vorhaben oder Prüfaufträge. Die SVP begrüsst die Verbesserung der Prozesse und Abläufe, hätte sich jedoch weitergehende Entlastungsmassnahmen und Anpassungen gewünscht.
- Die SVP hatte den Absenkpfad für Pestizide zu Beginn unterstützt. Im Zuge der parlamentarischen Debatte wurde vom Prinzip einer allgemeinen Risikoverminderung, die von Pestiziden ausgehen, abgesehen und die Landwirtschaft einseitig dazu verpflichtet, Nährstoffverluste zu ihren Lasten abzubauen. Die SVP war die einzige Partei, die in der Schlussabstimmung gegen die Gesetzesanpassung votierte.
- Der Bundesrat beantragte mit der Revision des Geldwäschereigesetzes, die Empfehlungen des Länderberichts der Financial Action Task Force umzusetzen und strengere Regeln für Anwälte und Treuhänder einzuführen. Nachdem der Nationalrat den Entwurf am 15. Dezember 2020 an die vorberatende Kommission zurückgewiesen hatte, stimmte die grosse Kammer mit 123 zu 67 Stimmen einer Minimallösung zu, der zufolge Anwälte und Treuhänder nicht unter die Sorgfaltspflicht des Geldwäschereigesetzes fallen. Ebenso wurde der Schwellenwert für Barbezahlungen im Edelmetall- und Edelsteinhandel nicht gesenkt. Obwohl die SVP eine Verschärfung des Geldwäschereigesetzes generell abgelehnt hatte, erschien der erzielte Kompromiss im Interesse des Schweizer Finanzplatzes annehmbar.



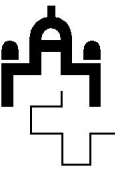
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/11): Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Finanzpolitik

**Ja zum flexiblen
Arbeitsmarkt
(17.406, 17.407)**

**Stop der
Hochpreisinsel –
für faire Preise
(19.037)**

**Aufweichung der
Schuldenbremse
droht (19.071)**

- Der Ständerat lehnte es ab, dass die Anforderungen an die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen gesenkt werden. Mit 26 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen gab die kleine Kammer keine Folge. Damit sind die beiden Vorstösse vom Tisch. Die SVP begrüsst, dass die Anforderungen an die Beteiligung der Sozialpartner nicht gesenkt wurden. Die Schweiz profitiert in der Krise vom flexiblen Arbeitsmarkt. Die Politik sollte weiterhin Sorge dazu tragen.
- Eigentlich sollten die Wettbewerbsbehörden dafür sorgen, dass marktbeherrschende Unternehmen ihre Marktmacht nicht missbrauchen. Das Kartellrecht sollte somit den Wettbewerb schützen. Mit dem Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative erhalten die Wettbewerbsbehörden nun aber eine ganz neue Aufgabe: In vielen Situationen, in denen zwei Firmen miteinander im Wettbewerb stehen, sollen neu die Wettbewerbsbehörden beurteilen, ob ein Abhängigkeitsverhältnis besteht und wie gross dieses ist. Dieser massive Eingriff in die freie Preisgestaltung und damit in einen Grundpfeiler der Wirtschaftsfreiheit ist ein Dammbruch. Auch das neue Geoblocking-Verbot stellt einen weiteren Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar. Es wäre keine Überraschung, wenn in ein paar Jahren eine Einschränkung der Macht der Wettbewerbskommission (WEKO) gefordert würde...
- Gegen den Willen der SVP beschloss der Nationalrat, dass sich das Parlament künftig mit der Erfolgsrechnung und nicht mehr mit der Finanzierungsrechnung beschäftigen wird. Vergeblich mahnte Nationalrat Pirmin Schwander, dass die Anpassungen nicht verfassungskonform seien, weil die Schuldbremse nicht mehr mit der Finanzierungsrechnung verfolgt, sondern neu aus der Erfolgsrechnung abgeleitet werde.

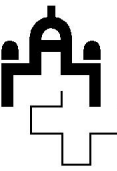


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/11): Migrationspolitik

**Kein Stoppen
des «Terroris-
mus-imports»
(20.4346, 20.4368)**

**Geschlossene
Unterbringung /
Überwachung
von Migranten &
Asylbewerbern
mit ungeklärter
Identität / aus
Risikogebieten
(20.4347, 20.4367)**

- Der islamistische Terror ist für die Schweiz eine reale Bedrohung. Zum einen kamen viele der Terroristen, die im Ausland Anschläge verübt hatten, als Asylbewerber nach Europa und hatten Beziehungen zu radikalen Kreisen in der Schweiz. Zum andern verübten Islamisten letztes Jahr in Morges und Lugano Attentate. Die SVP erkannte diese Gefahr und forderte darum mit zwei gleichlautenden Motionen, Flüchtlingsgruppen kein Asyl zu gewähren, wenn sich darunter Personen befinden, deren Identität nicht nachweislich geklärt ist. Weiter ist von einer Aufnahme abzusehen, wenn die Personen aus einem Gebiet mit starker Präsenz von terroristischen, gewalttätigen, extremistischen Gruppierungen oder radikalen Strömungen kommen. In beiden Räten stimmten FDP, Mitte und Linke gegen die gleichlautenden Motionen.
- Die beiden gleichlautenden Motion forderten, dass Migranten und Asylbewerber mit ungeklärter Identität oder aus Risikogebieten, die in der Schweiz ein Gesuch stellen, bis zur vollständigen Abklärung ihres Gefährdungspotentials in geschlossenen Zentren unterzubringen oder mit geeigneten Mitteln permanent zu überwachen sind. Die Mitte-Links-Parteien lehnten beide Motionen ab und verhinderten damit einmal mehr Lösungen, die den Menschen in der Schweiz mehr Sicherheit bringen würden. Dieselben Kreise verantworten mit ihrer Politik der falschen Toleranz, dass immer mehr Migranten mit unklarer Identität und mit ihnen Flüchtlings-Terroristen in die Schweiz kommen. Die SVP fordert den Bundesrat entschieden auf, die Schweizer Bevölkerung vor Migranten mit ungeklärter Identität oder aus Risikogebieten zu schützen.

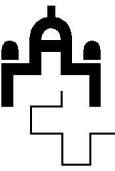


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/11): Migrationspolitik

**Stossende
Ungleichbehandl
ung im
Ausländerrecht
wird nicht
beseitigt (16.403)**

**Rückschaffung
abgewiesener
Asylanten nicht
unnötig
behindern
(20.3925)**

- Aktuell haben Schutzbedürftige Anspruch auf eine sofortige Zusammenführung mit ihren Familienangehörigen. SVP und FDP wollten diese stossende Ungleichbehandlung beseitigen. Die Mitte-Links-Mehrheit des Nationalrats wollte aber nicht, dass Schutzbedürftige ihre Familien erst nach drei Jahren in die Schweiz holen dürfen (analog der vorläufig Aufgenommenen). Die Gewährung von Schutz ist auf die der Gefährdung ausgelegt. Es ist deshalb absurd, Schutzbedürftigen den Familiennachzug zu gewähren, wenn sie in absehbarer Zeit das Land wieder verlassen müssen.
- Die Motion verlangte vom Bundesrat, dass Asylsuchende, die mit einem Lehr- oder Ausbildungsvertrag ausgestattet und im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, ihre Berufsausbildung in jedem Fall abschliessen können, selbst wenn ein negativer Asylentscheid vorliegt. Nachdem die Mitte-Links-Mehrheit im Nationalrat in der Wintersession 2020 gegen die Stimmen der SVP-Fraktion zugestimmt hatte, lehnte der Ständerat die Motion in der Frühjahrssession 2021 ab. Die Motion hätte nur zu einer Verschleppung der Asylverfahren geführt. Kantone haben bereits heute die Möglichkeit, einen Ausreiseentscheid zu sistieren, bis die Betroffenen die Lehre abgeschlossen haben.

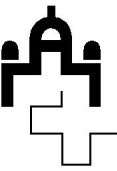


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/11): Migrationspolitik

**Ständerat schützt
lieber
Dschihadisten
als
unbescholtene
Bürger (19.3034)**

**Einfachere
Rückführung
nach Algerien
(20.4477)**

- Mit 37 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung lehnte es der Ständerat ab, dass Unterstützer von verbotenen Organisationen vorübergehend in Haft genommen werden dürfen, bis das Verfahren stattfindet. Der Nationalrat hatte der Vorlage noch zugestimmt. Aber im Ständerat wurde die SVP mit ihrem Einsatz für mehr Sicherheit in der Schweiz allein gelassen. Die anderen Parteien gewichteten die Interessen der dschihadistischen Gefährder, die unserer Kultur und unserer Lebensweise den Krieg erklärt haben, höher als die Gefahr, die von diesen Terroristen ausgeht. Diese falsch verstandene Toleranz ist fehl am Platz und gefährdet unbescholtene Bürger.
- Der Ständerat beschloss mit 25 zu 16 Stimmen bei 3 Enthaltungen, dass der Bundesrat die nötigen Massnahmen ergreifen muss, um die Rückführungen von Migranten auf dem Seeweg zu ermöglichen. Die Landesregierung muss zu diesem Zweck mit Algerien verhandeln, um die Bewilligung eines Transitlandes zu erhalten und einen sogenannten Immigration Liaison Officer in Algier zu entsenden. Die Überweisung der Motion ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Druck auf Algerien muss erhöht werden, damit die Scheinflüchtlinge endlich zurückgenommen werden.



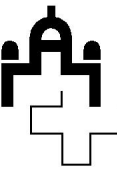
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/11): Staatspolitik

**Mehr
Transparenz bei
der Politik-
finanzierung
(19.400)**

- Der Nationalrat hatte noch in der Herbstsession 2020 den indirekten Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative klar abgelehnt. Damals war das Geschäft gescheitert, weil es den Linken zu wenig, den Bürgerlichen zu weit ging. Im Frühling 2021 sieht alles anders aus. Die Links-grünen und die FDP stimmten dem Entwurf mit 113 zu 78 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.
- Sie senkten gleich noch den Schwellenwert der Offenlegungspflicht von 25'000 auf 15'000 Franken. Ergänzend wurde beschlossen, dass nicht nur Kampagnenausgaben offengelegt werden müssen, sondern auch Beiträge, die Parteien von ihren Mandatsträgern erhalten. Mit der Vorlage wird das Milizsystem zu Grabe getragen. Der Bevölkerung wird zudem Sand in die Augen gestreut, da die Vorlage willkürliche Vorgaben macht. Die SVP widersetzte sich erfolglos gegen dieses Bürokratieungeheuer.

**Fake-
Minderjährige
dürfen weiterhin
festgehalten
werden (18.321)**

- Die Standesinitiative des Kantons Genf forderte den Bund auf, das Ausländergesetz dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist. Der Ständerat gab am 10. März 2021 ein zweites Mal keine Folge, so dass die Standesinitiative erledigt ist. Eine Annahme hätte dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Gerade junge Männer aus Afrika geben bei der Einreise oftmals an, dass sie minderjährig sind. Die SVP hat ich konsequent dagegen eingesetzt und ist darum erfreut, dass die Mehrheit des Ständerats nicht auf den täuschenden Titel der Initiative reingefallen ist.



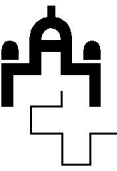
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/11): Rechtsfragen

**Justiz-Initiative
zur Ablehnung
empfohlen
(20.061)**

**Meldung von
Bargeld-
transaktionen
(18.4094)**

**Wenig
Verbesserungen
beim Täterschutz
bei der stopp-
Revision (19.048)**

- Die grosse Kammer hat die Justiz-Initiative mit 102 zu 79 Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt. Bundesrichter werden auch in Zukunft nicht nach dem Losverfahren, sondern von der Bundesversammlung gewählt, wobei das oberste Richterorgremium der Schweiz weiterhin ein Spiegel der Gesellschaft und politischen Mehrheiten bleibt. In einer Demokratie muss es Aufgabe des Volks und der Volksvertreter sein, die Mitglieder der Judikative zu wählen. Die Justiz-Initiative gaukelt zudem Unabhängigkeit von politischen Überlegungen vor, obwohl auch die Vorauswahl der Kandidaten nach bestimmten Kriterien erfolgen würde.
- Die Motion hätte den Schwellenwert für eine Meldepflicht von Bargeldtransaktionen auf 25'000 Franken belassen und nicht wie durch internationale Standards gefordert, auf 15'000 Franken gesenkt. Der Ständerat lehnte die Motion der WAK-NR einstimmig ab. Damit dürfte der Druck auf Bargeldbenutzer und deren Privatsphäre weiterhin zunehmen.
- Die Revision der Strafprozessordnung (StPO) ist zwar dringend nötig, da die heutige StPO den Täterschutz zu stark gewichtet, die Aufklärung von Straftaten erschwert und der administrative Aufwand für die Polizei stark gestiegen ist. Polizisten verbringen immer mehr Zeit am Schreibtisch, statt auf der Strasse für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Gegen den Willen der SVP soll am ausgebauten Täterschutz festgehalten werden. Die SVP konnte jedoch erfolgreich verhindern, dass die Tarife für die amtliche Verteidigung zu lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nach oben angepasst werden.



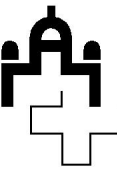
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/11): Sozial- und Gesundheitspolitik

**Parlament
verabschiedet
Gegenvorschlag
zur
Pflegeinitiative
(19.401)**

**Parlament
vereinfacht
Zugang zu
Medizinal-
cannabis (20.060)**

**Nein zu
generellem
Tabakwerbe-
verbot (20.068)**

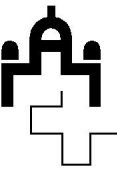
- Das Parlament verabschiedete den indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative, nachdem die Vertragspflicht für Pflegende, die selbstständig abrechnen wollen, gestrichen worden waren. Stattdessen müssen die Verbände der Pflegenden und der Versicherer gesamtschweizerisch geltende Verträge abschliessen. Mit diesem Instrument soll die mengenmässige Entwicklung der Pflegeleistungen, die ohne ärztliche Anordnung erbracht werden, überwacht werden. Ausserdem fördert der Bund die Ausbildungsoffensive in der Pflege mit 469 Millionen Franken. Ob die erwünschte Wirkung eintritt und der Pflegemangel behoben werden kann, wird sich zeigen. Es ist allerdings zu befürchten, dass signifikante Mehrkosten entstehen.
- Das Parlament stimmte für eine Liberalisierung des Anbaus, der Herstellung, der Verarbeitung und des Handels von medizinisch genutztem Cannabis. Der Ständerat folgte dabei dem Nationalrat, der in der Wintersession 2020 beschlossen hatte, dass Medizinalcannabis direkt auf Rezept verschrieben werden darf. Die SVP-Fraktion hatte damals mit 33 Nein-Stimmen überwiegend dagegen gestimmt. Tatsächlich besteht ein Widerspruch zum gesundheitlichen Präventionseifer der linksgrünen Parteien bei weitaus weniger schädlichen Tabakprodukten.
- Der Nationalrat beschloss, die Tabakwerbeverbotsinitiative mit 96 zu 84 Stimmen mit 7 Enthaltungen zur Ablehnung zu empfehlen. Mit der Annahme der Initiative würde Zigarettenwerbung auf Plakaten im öffentlichen Raum ebenso verboten wie Kinowerbung, Inserate, Festival sponsoring und Onlinewerbung für Tabak. Die SVP setzte sich vehement gegen diese unverhältnismässige Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit ein.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/11): Bildungs- und Forschungspolitik

**Forschungs-
verbotsinitiative
hat im Nationalrat
keine Chance
(19.083)**

- Die Forschungsverbotsinitiative („Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot - Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt“) forderte ein bedingungsloses Verbot von Tierversuchen und Forschung am Menschen in der Schweiz. Ausserdem sollte der Handel mit Produkten, die unter Anwendung von Tierversuchen entwickelt wurden, verboten werden.
- Die Folgen für den Forschungsstandort Schweiz wären verheerend. Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig die Forschung bei der Bekämpfung von Krankheiten ist. Es wäre fahrlässig, wenn die Schweiz einen Alleingang machen und für die hier ansässigen Unternehmen schädliche Hindernisse aufstellen würde. Die SVP-Fraktion beschloss darum einstimmig, die Forschungsverbotsinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die linksgrünen Parteien im Nationalrat drangen mit zwei Anträgen für Gegenvorschläge nicht durch. Der indirekte Gegenvorschlag von SP, Grüne und GLP scheiterte mit 110 zu 81 Stimmen. Auf einen direkten Gegenvorschlag trat der Nationalrat mit 139 zu 44 Stimmen bei 11 Enthaltungen nicht ein.



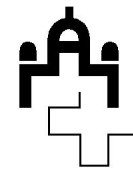
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/11): Verkehr-, Infrastruktur und Medien

SVP gegen völlig untauglichen Jugendschutz (20.069)

- Das neue Bundesgesetz sollte Minderjährige vor Darstellung von Gewalt, Sexualität und bedrohlichen Szenen in Filmen und Videospielen schützen. Zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen verpflichtet wären Kinos, Detailhändler, Online-Versandhändler und Abrufdienste. Auch Anbieter von Plattformdiensten für Videos und Videospiele sollten für gewisse Inhalte zu Alterskontrollen verpflichtet werden. Die SVP stimmte für Nichteintreten und lehnte das Gesetz in der Gesamtabstimmung ab. Da sich die Vorschriften nur im Inland durchsetzen lassen, sind sie heutzutage, wo die entsprechenden Medien im Internet abgerufen oder bestellt werden können, völlig untauglich. Ausserdem würden die Schweizer Händler gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt.

Sanierung des Lötschberg- tunnels (20.4423)

- Ständerat Werner Salzman forderte mit seiner Motion eine vollständige, zeitnahe Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels. Um den Bund nicht mehr zu belasten, sollten die Mehrkosten durch die BLS innerhalb des ordentlichen Bundesbeitrages kompensiert werden. Der Ständerat entschied oppositionslos, die Motion der zuständigen Kommission zur Vorberatung zuzuweisen. Die SVP unterstützt das Anliegen der Motion, da eine gute Verkehrsverbindung die Lebensader der Wirtschaft ist.



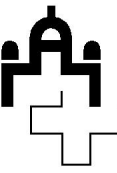
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/11): Umweltpolitik

**Verständnis für
Menschen in den
Bergregionen
(21.3002, 20.4340)**

**Nationalrat gegen
vereinfachte
Emissions-
grenzwerte für
Nischenmarken
(20.3210)**

- Mit den gleichlautenden Motionen forderten die Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie, dass der Bundesrat auf Verordnungsstufe die Voraussetzungen für eine geregelte Koexistenz zwischen Menschen, Grossraubtieren und Nutztieren schafft. Beide Räte unterstützen dieses Anliegen, gegen den Widerstand der GLP und der Grünen. Diese Parteien nehmen damit billigend in Kauf, dass noch mehr Nutztiere gerissen werden.
- Der Ständerat hatte der Motion bereits in der Herbstsession 2020 zugestimmt. Der Nationalrat zog in der Frühjahrssession 2021 gegen die Stimmen der SVP sowie einer Minderheit der FDP-Fraktion nach und beschloss, dass für Fahrzeuge von Klein- und Nischenherstellern dieselben CO₂-Zielvorgaben gelten wie für die übrigen Fahrzeugmarken. Die betroffenen Klein- und Nischenmarken werden es sich zweimal überlegen, ob sie ihre Wagen in der Schweiz einführen werden, wenn sie die strengeren Emissionsgrenzwerte einhalten müssen.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Falls es die Corona-Fallzahlen zulassen, würde ich mich über einen Besuch von Ihnen im Bundeshaus sehr freuen!

Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Sondersession: 3. – 5. Mai 2021**
- **Sommersession: 31. Mai – 18. Juni 2021**
- **Herbstsession: 13. September – 1. Oktober 2021**
- **Wintersession: 29. November – 17. Dezember 2021**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**

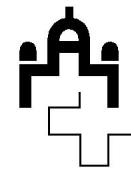
Missratenes CO₂-Gesetz Nein!

**Teuer.
Nutzlos.
Ungerecht.**



Missratenes
CO₂-Gesetz
Nein

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch



Warum teuer? Weil ...

- das CO₂-Gesetz Benzin und Diesel um 12 Rappen pro Liter verteuert – das können sich nur obere Einkommen problemlos leisten!
- das Gesetz die Abgabe auf Heizöl und Gas mehr als verdoppelt – das trifft vor allem Mieter mit kleinem oder mittlerem Einkommen sowie das kleine und mittlere Gewerbe!
- mit diesem Gesetz Öl- und Gasheizungen praktisch verboten werden – dies belastet Hauseigentümer mit schmalem Budget massiv, denn eine erneuerbare Heizung ist deutlich teurer und oft... nötig!
- es eine neue Steuer von bis zu 120 Franken auf Flugtickets einführt – das belastet vor allem junge, reisefreudige Menschen oder Familien mit Kindern!
- damit für eine vierköpfige Familie bis zu 1000 Franken Mehrkosten pro Jahr entstehen können – das reisst jeder normalverdienenden Schweizer Familie ein Loch ins Familienbudget!

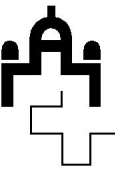
Missratenes CO₂-Gesetz Nein!

**Teuer.
Nutzlos.
Ungerecht.**



Missratenes
CO₂-Gesetz
Nein

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch



Warum nutzlos? Weil ...

- ➔ all diese grossen Belastungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft und das Gewerbe keinen spürbaren Einfluss auf das Klima haben, denn die Schweiz ist für das weltweite Klima unbedeutend – das ergibt keinen Sinn!
- ➔ die Schweiz auch ohne CO₂-Gesetz heute bereits klimapolitisch vorbildlich unterwegs ist – deshalb brauchen wir kein weiteres CO₂-Bürokratiemonster!
- ➔ das CO₂-Gesetz zu mehr Bürokratie, mehr Verboten, mehr Vorschriften und neuen Steuern und Abgaben führt – dabei haben wir jetzt schon genug bürokratische Verordnungen!
- ➔ der Staat den Bürgern mit dem CO₂-Gesetz vorschreiben will, wie sie zu leben haben – das hat noch nie funktioniert!

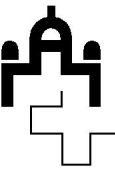
Missratenes CO₂-Gesetz Nein!

**Teuer.
Nutzlos.
Ungerecht.**



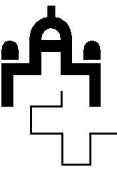
Missratenes
CO₂-Gesetz
Nein

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch



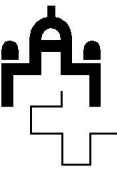
Warum ungerecht? Weil ...

- ➔ mit dem CO₂-Gesetz vor allem Pendler, Menschen in Randregionen, landwirtschaftliche Familien, Mieter mit geringem Einkommen, junge Menschen mit kleinem Budget und das einfache Gewerbe massiv belastet werden – das ist unsozial!
- ➔ durch die künstliche Verteuerung der Heiz-, Mobilitäts- und Flugkosten die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft geschwächt wird – das schadet uns allen!
- ➔ ein Grossteil des Gewerbes wie Gastronomie, Hotellerie, die Reise- und Eventbranche aber auch viele Angestellte, Arbeiter und Selbstständige in ihrer Existenz bedroht sind, mit dem Konkurs kämpfen oder in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit durch die Corona-Krise gelandet sind. Und nun sollen wir auch noch Hunderte Franken mehr für Benzin und Heizkosten zahlen sollen – das können wir uns jetzt nicht leisten!



Abstimmungsempfehlung für die eidgenössische Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

- **Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»** **NEIN**
- **Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»** **NEIN**
- **Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)** **Offen**
(DV vom 27. März)
- **Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)** **NEIN**
- **Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)** **JA**



Haben Sie Fragen?